

# Immer die gleiche Leier oder warum Ideologie auch keine Lösung ist

Eine Replik auf Tobias J. Knoblich und Armin  
Klein in Kulturpolitische Mitteilungen 157 II/2017



Marc Grandmontagne  
ist Geschäftsführender  
Direktor des Deutschen  
Bühnenvereins

In der letzten Ausgabe der Kulturpolitischen Mitteilungen hat sich Tobias J. Knoblich – ebenso wie Armin Klein – kritisch über die Nominierung zur Aufnahme der Deutschen Theater- und Orchesterlandschaft in die UNESCO-Liste des immateriellen Kulturerbes geäußert. Den Ball möchte ich aufgreifen und aus Sicht des Deutschen Bühnenvereins antworten. Der folgende Beitrag ist dabei von der Überzeugung getragen, dass die Auseinandersetzung, die wir an dieser Stelle führen, richtig und wichtig als Kennzeichen einer diskursiven Kulturpolitik ist.

Der Ausgangspunkt ist treffend beschrieben: Unter »Immateriellem Kulturerbe« versteht die entsprechende UNESCO-Konvention vom 17. Oktober 2003 »Bräuche, Darstellungen, Ausdrucksformen, Wissen und Fertigkeiten ..., die Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Einzelpersonen als Bestandteil ihres Kulturerbes ansehen«. Es wird »fortwährend neu gestaltet und vermittelt ihnen ein Gefühl von Identität und Kontinuität«<sup>1</sup>. Die darstellenden Künste werden in der Konvention als Ausdrucksform explizit genannt. Der Nominierung zugrunde liegt eine Entscheidung von Bund und Ländern aus dem Jahr 2016 infolge eines Expertenvotums der Deutschen UNESCO-Kommission.

<sup>1</sup> Art. 2 der Konvention ([www.unesco.de/infotothek/dokumente/uebereinkommen/ike-konvention.html](http://www.unesco.de/infotothek/dokumente/uebereinkommen/ike-konvention.html)).

Dagegen ziehen beide Autoren wortmächtig zu Felde und bauen eine beeindruckende Kulisse auf, die allerdings eher auf ideologische Pauschalkritik hinausläuft, obwohl mancher Ausgangspunkt konstruktiv genutzt werden könnte. So ist es bei aller Unterhaltsamkeit der Texte der Kollegen schade, dass sie vorurteilsbeladen argumentieren und mit der gegenwärtigen Entwicklung des deutschen Theatersystems unzureichend vertraut zu sein scheinen.

Festzuhalten ist doch zunächst, dass der eigentliche Adressat dieser Kritik die Kulturpolitik als solche ist. Nach Jahrzehnten der Marginalisierung dieses Politikfeldes, welche die Kulturpolitische Gesellschaft stetig beklagt, sind die Institutionen vor Ort und ihre Verbände in die Bresche gesprungen und kämpfen seit genauso langer Zeit dafür, endlich wieder jenseits von Kennzahlen wahrgenommen zu werden. In diesem Prozess sind die viel gescholtenen Stadttheater längst in einen Prozess tiefgreifender Wandlung eingetreten, der zurzeit eher an Geschwindigkeit gewinnt denn verliert. Trotz ständig steigender Betriebsausgaben, schwieriger juristischer, betriebswirtschaftlicher und technischer Rahmenbedingungen geht immer noch jeden Abend der Vorhang hoch, was wahrlich keine Selbstverständlichkeit ist. Bemühungen um offene Formate, die Gewinnung neuer Zielgruppen, wachsende Jugendarbeit, die

Bedeutung von Diversität in und außerhalb der Theater, die Beschäftigung mit der Digitalisierung, das Ringen um Aktualität und nicht zuletzt das Arbeiten im Fadenkreuz von Rechtspopulisten in einigen Städten und Regionen eröffnet eine Komplexität, die vielen bewusst ist – offenkundig aber ausgerechnet denen am wenigsten, die sich gerne und mit Leidenschaft am Stadttheater abarbeiten. In der aktuellen Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins zeigte sich für die Spielzeit 2015/2016 ein Anstieg beim sogenannten »theaternahen Rahmenprogramm« von rund 10 Prozent auf über 14.500 Veranstaltungen bundesweit. Darunter fallen neben Stück-Einführungen auch Vermittlungsprogramme, aber auch diskursive Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen. Daneben finden auch außerhalb des Theaterbaus immer mehr Veranstaltungen statt, explizit in »schwierigen« Stadtteilen und oft in Kooperation mit Schulen. In ganz besonderer Weise sind die Kinder- und Jugendtheater hier gefordert, deren Zuschauerzahlen sogar um 5 Prozent auf fast drei Millionen gestiegen sind – übrigens mit gerade mal rund 550 Mitarbeiter\*innen bundesweit.

All das sind keine Gründe, warum Kritik an dieser Institution nicht möglich und auch angebracht wäre – sie sollte diesen Hintergrund aber ernst nehmen. Theater machen und Musik produzieren sind die primären Aufgaben von Theatern und Orchestern. Das kann einem gefallen oder nicht. Vielen gefällt es, jeden Abend neu. Aber ohne eine qualitative Aufwertung von Kulturpolitik geht vieles leider nicht. Tobias J. Knoblich wird die Härten dieser Herausforderung aus seinem beruflichen Alltag als Kulturdirektor nur zu gut kennen. Und auch ist eine neue Offenheit erkennbar – nicht erst seitdem explizit demokratieverachtende populistische Bewegungen den kulturellen Konflikt instrumentalisieren. Ich erkenne trotz andauerndem Lamento eine neue – wachsende – Generation von Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitikern, die die Debatte neu befördert und auch in der übrigen Politik stärker als in den letzten Jahren Gehör findet, wenn es um das Kulturelle in der Politik geht.

Schließlich wurde ein Punkt bei Knoblich und Klein gar nicht erwähnt: Die Idee und das Konzept des immateriellen Kulturerbes an sich. Auch die KuPoGe hat sich bereits kritisch damit auseinandergesetzt, die Debatte über das Für und Wider ist komplex. Für unser Thema relevant ist, dass es gerade nicht um »Selbstmusealisierung« (so Armin Klein), Einzementierung und die präventive Abwehr von Kritik geht, sondern um die Institutionalisierung eines politischen Entscheidungsrahmens, der verhindern soll, dass per se kulturelle Belange (hier eben darstellende Ausdrucksformen) im politischen Abwägungsprozess unter den Tisch fallen. Damit wird auch deutlich, dass die Zielrichtung des immateriellen Kulturerbes überhaupt nicht die Kulturpolitik als solche, sondern der allgemeine gesellschaftliche und politische Rahmen ist. Soll

doch gerade die Kulturpolitik gegenüber den anderen, vermeintlich wichtigeren, Politikbereichen gestärkt werden.

All das sind Entwicklungen, die es wert sind, differenziert betrachtet zu werden. Doch Tobias J. Knoblich und Armin Klein berauschen sich lieber an pauschalen Einwänden ohne Realitätsprüfung und sehen sich dabei in ideologischer Siegesgewissheit noch als diejenigen, die gegen »kulturpolitischen Traditionalismus« und »Vergreisungstendenzen« aufbegehren.

Betrachten wir zunächst Knoblichs Generaleinwand, das Theater- und Orchestersystem reklamieren noch heute eine Tradition, die Wandel eher als Bedrohung und wohlfahrtsstaatliche Slogans als Verwässerung künstlerischer Sendung begreife – oder diese eben adaptiere und sich einverleibe. Zwar öffneten sich Theater in ihrem Tun, gleichzeitig wollten sie die »Landschaft« als immaterielles Kulturerbe geschützt wissen. »An die Stelle operationalisierbarer Ziele tritt eine korporative Selbstdarstellung der Theaterinstitutionen, die ihren letzten Grund im schieren Vorhandensein sehen«, so Knoblich in seinem Beitrag. Schlussendlich wird dann noch der schon seit Jahren nicht mehr genutzte Slogan »Theater muss sein« ins Feld geführt, der als endgültiger Beweis dafür herhalten muss, dass es hier um Beharrung und Einzementierung eines zum Scheitern verurteilten Systems gehen soll. Auch Armin Klein reibt sich an diesem längst veralteten Slogan und bescheinigt dem deutschen Theater- und Orchestersystem, dass es sich zwar immer zu Veränderung als treibendem Motor bekannt habe, sich selbst aber offenkundig davon ausnehmen wolle, was mit der Nominierung als immaterielles Kulturerbe gewissermaßen Brief und Siegel erhalten soll.

Im Grunde genommen ist weiter oben schon alles zu diesen undifferenzierten Vorhaltungen gesagt worden. Sie manifestieren zudem eine erstaunliche Verkennung dessen, was mit dem Konzept des immateriellen Kulturerbes erreicht werden soll. An einem Punkt gebe ich allerdings den Kritikern im Ansatz sogar recht: Es ist zumindest missverständlich, die Nominierung auf dem Begriff der »Landschaft« fußen zu lassen. Denn der Identitäts- und Kontinuitätsbezug verlangt viel eher eine Konzentration auf bestimmte Praktiken und Eigenheiten, etwa das Ensemble- oder Repertoiretheater und das Theater als soziokultureller Ort, in dem das ephemere Ereignis immer wieder neu entsteht. Genau darauf wird übrigens in den momentanen Vorbereitungen auch Wert gelegt. Die Deutsche UNESCO-Kommission hat zur Vorbereitung der Nominierung eine Taskforce eingerichtet, an der außer je einem Vertreter von Deutschem Bühnenverein und Deutschem Musikrat auch jeweils ein Vertreter der Freien Szenen beteiligt ist – gleichrangig selbstverständlich. Erst im Zusammenspiel dieser Perspektiven entsteht ein Bild, das den im-

materiellen Kern dessen, was diese »Landschaft« ausmacht, deutlich macht. Zurzeit sind übrigens alle Interessierten aufgerufen, sich den Bewerbungstext in seiner aktuellen Fassung anzusehen und zu kommentieren. Die Deutsche UNESCO-Kommission hat dazu ein Online-Konsultationsverfahren eingerichtet<sup>2</sup>.

Der weitergehende Vorwurf einer generalisierenden und jede Veränderung verweigernden Struktur der Theater und Orchester, deren Nimbus »nicht erst seit dieser Nominierung eine eingeschworene Gemeinschaft der Großen perpetuiert, die im Kulturbereich noch immer den Reflex der Unterordnung auslöst«, taugt jedoch weniger als Argument gegen die Nominierung zum immateriellen Kulturerbe, als eher dafür, ein interessantes Indiz für die angestauten Frustrationen einer eingeschworenen Gemeinschaft der Soziokultur zu sein, die ihre Existenzberechtigung kulturpolitisch vor allem immer aus einem »dagegen« gezogen hat und nach 40 Jahren »Neuer Kulturpolitik« selbst vor der Situation steht, zu einem erstarrten und wenig zeitgemäßen Dinosaurier der Kulturpolitik geworden zu sein. Wäre sie der große (finanzielle) Gewinner im Verteilungssystem, könnte man vermutlich andere Töne lesen. Dabei hat die Soziokultur viele Verdienste, was man auch an den Theatern sehen kann: Die bereits von Knoblich erwähnte Öffnung der Häuser geht sicherlich auf viele Impulse der »Neuen Kulturpolitik« der 1970er Jahre zurück – seither »soziokulturalisieren« sich die Häuser übrigens längst selbst.

<sup>2</sup> <https://docs.google.com/document/d/1IF2wK79UKSYJSTMjfcIcXvhcSe6ojFWCsHTfHozbsJw/edit#heading=h.tshby3mosihd>, erreichbar über die Seite: [www.unesco.de/kultur/immaterielles-kulturerbe.html](http://www.unesco.de/kultur/immaterielles-kulturerbe.html).

Zudem entsteht bei Lektüre der Texte von Tobias J. Knoblich und Armin Klein der Eindruck, die fortschrittlichen Kräfte der Kulturpolitik stünden einem – obgleich unüberwindlichen, auf jeden Fall aber anachronistischen – Kartell aus Theatern, Orchestern, dem Bühnenverein und der Politik gegenüber, die sich alle wider besseren Wissens gegen die Vernunft verschworen hätten und zur Verstärkung ihrer Wagenburgmentalität noch einen weiteren Wassergraben um sich gelegt sehen wollen, der mit den Mitteln des Völkerrechts die erste Hürde zur Abwehr von Kritik bilden soll.

Und damit wären wir beim eigentlichen Kritikpunkt meinerseits – einem seltsam erstarrten Kulturpolitikdiskurs. Denn statt in die üblichen autoreflexiven Binnendiskurse zu verfallen, die – je länger sie dauern – am Ende übers Rechthaben statt über neue Erkenntnisse reden, ist es endlich an der Zeit, dass der »Kulturbereich« kapiert sollte, miteinander statt gegeneinander in die Zukunft zu gehen. Und auch wenn die Theater und Orchester ach so viel Geld bekommen – im Vergleich zu anderen Ausgaben ist der gesamte Kulturbereich bekanntermaßen eher bescheiden. Dabei mangelt es nicht an kulturellen Konflikten in dieser Gesellschaft. Und letztlich sind alle Kulturinstitutionen (unabhängig davon, ob sie institutionalisiert oder frei, öffentlich oder privat, klein oder groß sind) relevant bei der Frage, wie diese Konflikte zu bewältigen sind. Die Schließung eines Theaters oder Orchesters nützt übrigens niemandem – auch keinem anderen Wettbewerber ums Geld! Schließlich besteht die immer neue und aktuell besonders dringliche Herausforderung darin, den freiheitlichen Rahmen der Demokratie für unsere Kinder zu schützen. Bei der pragmatischen Inangriffnahme dieser Aufgabe jedenfalls scheint manches Stadttheater deutlich weiter zu sein als der hinterherhinkende Diskurs. ■

## Auf dem Weg zur digitalen Zentralmacht?

»Der Schutz der Privatsphäre und die Pflicht zum Datenschutz sind Bestandteil internationaler Menschenrechtsvereinbarungen ... Diese Rechte implizieren, dass personenbezogene Daten Eigentum des jeweiligen Bürgers sind – und nicht des Staates oder eines Privatunternehmens. Davon aber kann man heute nicht mehr unbedingt ausgehen – auch wenn diese Tatsache nur langsam ins Bewusstsein der Öffentlichkeit dringt. In wessen Interesse läge es denn auch, dass die Bürger dieses Risiko im Kopf behalten und auf politisches Eingreifen drängen? Zunächst einmal doch wohl in dem des demokratischen Staats – doch wer das glaubt, könnte genauso gut seine Hühner vom Fuchs hüten lassen. Denn es ist ja der Staat, der – in Kooperation mit den digitalen Entrepreneuren und im Namen einer Optimierung der nationalen und internationalen Sicherheit – die Hegemonie über unsere Daten etabliert hat. Dass sich auf diesem Gebiet privatwirtschaftliche und staatliche Kontrollbegehren extensiv vermischen, zeigt, dass wir uns ... auf die Entstehung einer anonymen digitalen Zentralmacht zubewegen, die, verborgen hinter einer demokratischen Fassade, unser Privatleben kontrolliert.«

Ulrich Beck: Die Metamorphose der Welt. Berlin: Suhrkamp 2017, S. 188f.